

Inhaltsverzeichnis

	Rn	Seite
<i>Vorwort</i>		V
<i>Vorwort zur 1. Auflage</i>		VI
<i>Verzeichnis abgekürzt zitiertter Literatur</i>		XXV
§ 1 Einführung	1	1
I. Rechtsbehelfe als Mittel zur Kontrolle des Verwaltungshandelns	1	1
1. Formlose Rechtsbehelfe	2	1
2. Förmliche Rechtsbehelfe	7	2
II. Funktionen und Aufbau der Verwaltungsgerichtsbarkeit	8	2
1. Grundlage, Funktionen und Tendenzen der Verwaltungsgerichtsbarkeit	8	2
2. Aufbau der Verwaltungsgerichtsbarkeit	13	6
III. Grundsätze des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens	18	7
1. Der Dispositionsgrundsatz	19	7
2. Der Untersuchungsgrundsatz und der Grundsatz der freien Beweiswürdigung	20	8
a) Die Bedeutung des Untersuchungsgrundsatzes und seine Grenzen	20	8
b) Der Grundsatz der freien Beweiswürdigung	25	9
3. Amtsbetrieb und Konzentrationsgrundsatz	26	10
4. Der Grundsatz des rechtlichen Gehörs	28	10
5. Die Grundsätze der Mündlichkeit, Unmittelbarkeit und Öffentlichkeit des Verfahrens	30	11
IV. Prozesshandlungen	33	12
1. Parteihandlungen	34	12
2. Prozesshandlungen des Gerichts	43	14
a) Überblick	43	14
b) Verschiedene Urteilsarten	48	15
aa) Gestaltungs-, Leistungs- und Feststellungsurteile	48	15
bb) Prozess- und Sachurteile	50	15
cc) End- und Zwischenurteile, Voll- und Teilurteile .	51	15
dd) Andere Urteilsarten	56	16
c) Form, Inhalt und Aufbau eines Urteils	57a	16
V. Der Aufbau eines verwaltungsprozessualen Gutachtens	58	18
1. Die Bedeutung der Sachentscheidungs- voraussetzungen	58	18
2. Prüfungsschema bezüglich der Zulässigkeits- voraussetzungen	65	21

§ 2 Die ordnungsgemäße Klageerhebung	69	22
I. Form und Inhalt der Klageschrift	71	23
II. Die objektive Klagehäufung	73	24
III. Die Klageänderung	79	25
§ 3 Die Zulässigkeit des Verwaltungsrechtswegs		
(§ 40 VwGO)	82	27
I. Allgemeines	85	27
II. Das Vorliegen einer rechtlichen Streitigkeit	89	29
1. Gnadenentscheidungen als justiziable rechtliche Entscheidungen	90	29
2. Die Justizierbarkeit von Regierungsakten	92	30
3. Maßnahmen im besonderen Gewaltverhältnis (Sonderstatusverhältnis) keine rechtsfreien Hoheitsakte	95	30
III. Das Vorliegen einer öffentlichrechtlichen Streitigkeit	99	32
1. Die Subordinationstheorie	100	32
2. Die Interessentheorie	102	33
3. Die modifizierte Subjektstheorie	104	33
4. Abgrenzungsfragen	112	35
a) Die Rechtsnatur des Subventionsverhältnisses	116	36
b) Die Rechtsnatur eines Hausverbotes	119	37
c) Die Rechtsnatur von Realakten	121	37
d) Die Abgrenzung von öffentlichrechtlichen und privatrechtlichen Verträgen	123	39
IV. Das Vorliegen einer nichtverfassungsrechtlichen Streitigkeit	124	40
1. Der Standpunkt der herrschenden Meinung	127	41
2. Verfassungsrechtliche Streitigkeiten als den Verfassungsgerichten vorbehaltene Streitigkeiten	129	42
V. Das Fehlen einer Sonderzuweisung an ein anderes Gericht	134	45
1. Zuweisung an die ordentlichen Gerichte	137	46
2. Rechtsschutz gegen Strafverfolgungsmaßnahmen der Polizei	140	47
3. Rechtsschutz gegen ablehnende Gnadenentscheidungen	142	48
4. Zuweisungen an Zweige der besonderen Verwaltungsgerichtsbarkeit	143	48
VI. Die Zuweisungsregelung gem. § 40 Abs. 2	144	49
1. Die Zulässigkeit des ordentlichen Rechtswegs gem. § 40 Abs. 2 S. 1	144	49
a) Der Aufopferungsanspruch	145	49

b) Ansprüche des Bürgers aus öffentlichrechtlichen Verwahrung	146	50
c) Schadensersatzansprüche des Bürgers aus der Verletzung öffentlichrechtlicher Pflichten	147	50
2. Sondervorschriften des Beamtenrechts	149	51
VII. Der Rechtsweg kraft Sachzusammenhangs (§ 17 Abs. 2 GVG)	150	51
VIII. Die Verweisung	155	53
IX. Die verwaltungsgerichtliche Prüfungsbefugnis hinsichtlich rechtswegfremder Vorfragen	161	54
1. Die grundsätzliche Prüfungsbefugnis des Verwaltungsgerichts	161	54
2. Sonderproblem Aufrechnung	165	55
X. Die verwaltungsgerichtliche Prüfungsbefugnis in Fällen mit Bezug zum Recht der europäischen Gemeinschaft bzw supranationaler Organisationen	166a	56
§ 4 Die verwaltungsgerichtlichen Klagearten	171	59
§ 5 Die Anfechtungsklage	175	60
I. Die Statthaftigkeit der Anfechtungsklage	178	60
II. Der Verwaltungsakt als Gegenstand der Anfechtungsklage	182	61
1. Das tatsächliche Vorliegen des Verwaltungsakts	182	61
2. Die Begriffsmerkmale eines Verwaltungsakts	184	63
a) Die einzelnen Merkmale des Verwaltungsakts- begriffs	187	63
aa) Die hoheitliche Maßnahme	188	64
bb) Die Behörde	189	64
cc) Das Vorliegen einer Regelung	195	65
dd) Die Einzelfallregelung	203	68
ee) Die auf unmittelbare Rechtswirkung nach außen gerichtete Tätigkeit	212	70
b) Maßgeblichkeit von Inhalt oder Form des Verwaltungshandelns	231	76
3. Der Gegenstand der Anfechtungsklage bei vorheriger Durchführung eines Widerspruchsverfahrens	234	77
III. Die Nichterledigung des angefochtenen Verwaltungsakts	246	80
IV. Die prozessuale Geltendmachung des Vollzugsfolgen- beseitigungsanspruchs sowie sonstiger, die Aufhebung des Verwaltungsakts voraussetzender Leistungsansprüche	248	80
V. Die Prüfung der Zulässigkeit der Anfechtungsklage	252	81

§ 6 Die Verpflichtungsklage	256	82
I. Die Statthaftigkeit der Verpflichtungsklage	260	83
II. Die verschiedenen Formen der Verpflichtungsklage	263	84
III. Die Prüfung der Zulässigkeit der Verpflichtungsklage	269	86
IV. Die Abgrenzung des Anwendungsbereichs von Anfechtungs- und Verpflichtungsklage	270	87
1. Drittklagen	271	87
a) Nachbarklagen	271	87
b) Konkurrentenklagen	272	88
2. Rechtsschutz nach Ablauf der Anfechtungsfrist und bei späteren Veränderungen der Rechts- oder Sachlage	278	90
3. Die Problematik der sog. „isolierten Anfechtungs- klage“	281	91
a) Die prinzipielle Unzulässigkeit der isolierten Anfechtungsklage	281	91
b) Die Ausnahmen	283	92
4. Rechtsschutz gegen Nebenbestimmungen	287	93
a) Meinungsüberblick	292	94
b) Rechtsschutz grundsätzlich durch eine Anfechtungs- klage	295	95
c) Rechtsschutz durch eine Verpflichtungsklage in Ausnahmefällen	299	97
d) Rechtsschutz gegen modifizierende Auflagen sowie eine modifizierende Gewährung	301	98
§ 7 Die Fortsetzungsfeststellungsklage	306	100
I. Die Statthaftigkeit der Fortsetzungsfeststellungsklage gem. § 113 Abs. 1 S. 4	309	100
1. Die Erledigung des Verwaltungsakts	310	101
2. Die Erledigung nach Klageerhebung	321	103
II. Die analoge Anwendung des § 113 Abs. 1 S. 4	322	103
1. Die Erledigung vor Klageerhebung	323	103
2. Rechtsverletzende Verwaltungsakte, deren Aufhebung ausgeschlossen ist	326	104
3. Die analoge Anwendung des § 113 Abs. 1 S. 4 auf die Verpflichtungsklage	330	107
a) Wegfall des Interesses an der Vornahme des Verwaltungsakts	331	107
b) Veränderung der Sach- oder Rechtslage in Bezug auf den beantragten Verwaltungsakt	335	108
4. Grenzen der Analogie zu § 113 Abs. 1 S. 4	337	108

III. Die Prüfung der Zulässigkeit der Fortsetzungsfeststellungsklage	339	109
§ 8 Die allgemeine Leistungsklage	343	110
I. Die Statthaftigkeit einer allgemeinen Leistungsklage	344	110
II. Die vorbeugende Unterlassungsklage als Unterfall der Leistungsklage	354	113
1. Die vorbeugende Unterlassungsklage gegen drohendes Verwaltungshandeln ohne Verwaltungsaktsqualität	354	113
2. Die vorbeugende Unterlassungsklage gegen drohende Verwaltungsakte	355	113
a) Die grundsätzliche Unzulässigkeit	355	113
b) Fälle einer zulässigen vorbeugenden Unterlassungs- klage gegen Verwaltungsakte	356	114
aa) Rechtliche oder faktische Unaufhebbarkeit eines später erlassenen rechtswidrigen Verwaltungsakts	357	114
bb) Der mit Strafe oder Geldbuße sowie mit sonstigen Sanktionen bewehrte Verwaltungsakt	361	115
cc) Der verzögerte Verwaltungsakt	362	115
dd) Drohender Erlass einer Vielzahl von Verwaltungsakten	362a	116
III. Die Prüfung der Zulässigkeit der allgemeinen Leistungsklage	363	116
§ 9 Die Gestaltungsklagen	365	117
I. Die Statthaftigkeit von Gestaltungsklagen	366	117
II. Keine allgemeine verwaltungsgerichtliche Gestaltungsklage .	370	118
§ 10 Die allgemeine verwaltungsgerichtliche Feststellungsklage	374	119
I. Die Statthaftigkeit einer verwaltungsgerichtlichen allgemeinen Feststellungsklage	377	120
1. Das Rechtsverhältnis als Gegenstand der Feststellungsklage	378	120
a) Der Begriff des Rechtsverhältnisses	378	120
b) Subjektive Rechte des Bürgers und Rechts- verhältnisse	384	122
c) Subjektive Rechte des Staates und Rechts- verhältnisse	387	123
d) Die Begründung von Rechtsverhältnissen	393	125
aa) Die verschiedenen Begründungsmöglichkeiten .	393	125
bb) Die Begründung von Rechtsverhältnissen durch Normen und ihre Bedeutung für den Rechtsschutz gegen Normen	394	125

cc) Die Stufung von Rechtsverhältnissen	401	125
e) Vergangene und zukünftige Rechtsverhältnisse	405	126
f) Die Beteiligten des Rechtsverhältnisses	409	127
2. Die Nichtigkeit eines Verwaltungsakts als Gegenstand der Feststellungsklage	411	128
II. Die Subsidiarität der Feststellungsklage	416	129
1. Der Anwendungsbereich der Subsidiaritätsklausel	416	129
a) Anfechtungs-, Verpflichtungs- und Fortsetzungsfeststellungsklagen	417	129
b) Subsidiaritätsklausel und allgemeine Leistungsklage	420	130
2. Vorbeugende Feststellungsklage und Subsidiaritätsklausel	421	131
3. Ausnahmen von der Subsidiaritätsklausel (§ 43 Abs. 2 S. 2)	422	132
4. Keine Subsidiarität bei einer Klage auf Feststellung des Nichtbestehens eines durch einen Verwaltungsakt begründeten staatlichen Anspruchs	426	132
III. Die Zulässigkeit sonstiger Feststellungsklagen	431	134
IV. Die Prüfung der Zulässigkeit der Feststellungsklage	433	134
 § 11 Die Zuständigkeit der Verwaltungsgesichte	437	136
I. Allgemeines	437	136
II. Die erstinstanzliche sachliche Zuständigkeit	439	136
III. Die örtliche Zuständigkeit	442	137
IV. Verweisung	444	137
 § 12 Die Beteiligungsfähigkeit	446	138
I. Beteiligte und Beteiligungsfähigkeit	448	138
1. Beteiligte	449	139
2. Die Beteiligungsfähigkeit	455	139
a) Die Beteiligungsfähigkeit nach § 61 Nr 1	456	140
b) Die Beteiligungsfähigkeit nach § 61 Nr 2	461	141
c) Die Beteiligungsfähigkeit nach § 61 Nr 3	463	142
II. Die Beiladung	464	143
1. Funktionen und Anwendungsbereich der Beiladung	464	143
2. Die einfache Beiladung	466	143
3. Die notwendige Beiladung	470	144
4. Die Konsequenzen der Beiladung und ihrer Unterlassung	473	144
III. Die Streitgenossenschaft	474a	145

§ 13 Prozessfähigkeit, Prozessvertretung, Postulationsfähigkeit	477	146
I. Die Prozessfähigkeit	477	146
II. Prozessvertretung und Postulationsfähigkeit	483	147
§ 14 Die Klagebefugnis	485	148
I. Allgemeines	489	149
II. Die analoge Anwendung des § 42 Abs. 2 auf die allgemeine Leistungsklage sowie auf Gestaltungs- und Feststellungsklagen	491	149
III. Die Voraussetzungen der Klagebefugnis	493	150
1. Die Geltendmachung der Rechtsverletzung	493	150
2. Die Selbstbetroffenheit des Klägers	495	151
a) Der Begriff des subjektiven Rechts	495	151
b) Die Begründung subjektiver Rechte	498	153
aa) Die Subjektivierung von Rechtsvorschriften	498	153
bb) Gegenwärtiges und unmittelbares Betroffensein als Voraussetzung einer möglichen Rechtsverletzung	502a	158
cc) Die Präklusion subjektiver Rechte	502f	159
dd) Die Begründung von Unterlassungsansprüchen	503	162
ee) Die Begründung von Beseitigungsansprüchen	506	163
c) Die sog. Adressatentheorie	510	164
d) Die Klagebefugnis bei Nachbarklagen Privater und bei Gemeindenachbarklagen	513	165
e) Die Klagebefugnis bei Konkurrentenklagen	521	170
f) Die Problematik der Verbandsklage	525	173
g) Der sog. Insichprozess	528	174
3. Klagebefugnis und das Recht der EG	531a	175
4. Klagebefugnis trotz fehlender Selbstbetroffenheit	532	177
§ 15 Die Prozessführungsbefugnis	538	179
I. Allgemeines	539	179
II. Die Regelung des § 78	543	180
1. Passive Prozessführungsbefugnis oder Passivlegitimation	543	180
2. Die Regelung des § 78 Abs. 1	547	181
3. Die Regelung der §§ 78 Abs. 2, 79 Abs. 2 S. 3	551	182
III. Die passive Prozessführungsbefugnis bei sonstigen Klagearten	554	183

§ 16 Das Rechtsschutzbedürfnis	557	184
I. Allgemeines	560	184
II. Die Abgrenzung des Rechtsschutzbedürfnisses von anderen prozessrechtlichen Instituten	563	185
1. Die Verfahrenskonkurrenzregelung des § 43 Abs. 2 S. 1	565	186
2. Die Verfahrenskonkurrenzregelung des § 44a	566	186
3. Die Beschränkung des vorbeugenden Rechtsschutzes gegen Verwaltungsakte	569	187
4. Die isolierte Anfechtungsklage	570	187
III. Das Rechtsschutzbedürfnis in den Fällen der §§ 43 Abs. 1, 113 Abs. 1 S. 4	571	188
1. Das berechtigte Interesse	571	188
2. Das berechtigte Interesse gem. § 43 Abs. 1	572	188
a) Allgemeines	572	188
b) Zweifelsfälle	573	188
aa) Feststellender Verwaltungsakt und Rechtschutzbedürfnis	573	188
bb) Rechtsschutzbedürfnis wegen präjudizieller Bedeutung der Feststellung für ein zivilgerichtliches Verfahren	578	189
3. Das berechtigte Interesse gem. § 113 Abs. 1 S. 4	579	190
a) Wiederholungsgefahr	580	191
b) Rehabilitationsinteresse bei Diskriminierung	582	191
c) Sich typischerweise kurzfristig erledigende Verwaltungsakte	583	191
d) Vorbereitung eines zivilgerichtlichen Amtshaftungs- oder Entschädigungsprozesses	585	192
e) Grundrechtseingriff	586	193
f) Verfahrensfehlerhafte, aber nicht aufhebbare Verwaltungsakte	586a	193
IV. Das allgemeine Rechtsschutzbedürfnis bei Gestaltungs- und Leistungsklagen	587	194
1. Kein Rechtsschutzbedürfnis bei Erledigung des Verwaltungsakts	588	194
2. Kein Rechtsschutzbedürfnis bei Klageverwirkung, Klageverzicht und Rechtsmissbrauch	590	194
3. Sonstige Fälle fehlenden schutzwürdigen Interesses am Rechtsschutzziel	591	195
4. Fehlen eines Rechtsschutzbedürfnisses im Hinblick auf einfachere bzw effektivere Möglichkeiten zur Realisierung des Rechtsschutzes	591a	195
a) Rechtsschutz in einem anderen Rechtsweg	591a	195

b) Fehlendes Rechtsschutzbedürfnis bei Möglichkeit zur außergerichtlichen Durchsetzung eines Rechts	592	196
c) Fehlendes Rechtsschutzbedürfnis wegen Möglichkeit eines Rechtsschutzes im Verwaltungsverfahren	593	197
d) Fehlendes Rechtsschutzbedürfnis wegen anderer effektiverer Klagemöglichkeiten	594a	198
§ 17 Fehlende Rechtshängigkeit und fehlende Rechtskraft	598	198
I. Der Streitgegenstandsbegriff	601	199
1. Einführung	601	199
2. Der verwaltungsprozessuale Streitgegenstand	603	200
a) Allgemeines	603	200
b) Der Streitgegenstand der Anfechtungsklage	608	201
c) Der Streitgegenstand anderer Verfahrensarten	611	203
II. Das Fehlen einer anderweitigen Rechtshängigkeit	612	205
1. Die prozessrechtliche und materiellrechtliche Bedeutung der Rechtshängigkeit	612	205
2. Die Begründung und Beendigung der Rechts- hängigkeit	614	205
III. Das Fehlen einer rechtskräftigen Entscheidung	615	206
1. Rechtskraft und Bestandskraft	615	206
2. Die formelle Rechtskraft	616	207
3. Die materielle Rechtskraft	617	207
a) Die der materiellen Rechtskraft fähigen Entscheidungen	618	207
b) Die Bedeutung der materiellen Rechtskraft	619	207
c) Materielle Rechtskraft und Entscheidungsgründe . .	623	208
d) Materielle Rechtskraft und Veränderung der maßgeblichen Sach- und/oder Rechtslage	627	209
e) Personelle Grenzen der materiellen Rechtskraft . .	631	210
IV. Tatbestands-, Feststellungs- und Präklusionswirkung gerichtlicher Entscheidungen	632	211
§ 18 Die Durchführung des Vorverfahrens	639	212
I. Allgemeines	642	213
1. Der Doppelcharakter des Vorverfahrens	642	213
2. Die Prüfung eines Widerspruchs	648	214
Anhang: Die Prüfung der Zulässigkeit des Widerspruchs .	651a	216
II. Die formgerechte Einlegung des Widerspruchs	652	217
III. Die Statthaftigkeit des Widerspruchsverfahrens	655	218
1. Das grundsätzliche Erfordernis der Durchführung eines Vorverfahrens	655	218
2. Ausnahmen	656	218

3. Sonderfälle des entbehrlichen, aber zulässigen Widerspruchs	661	219
4. Widerspruchsverfahren und Fortsetzungsfeststellungsklage	665	220
IV. Die Einlegung des Widerspruchs bei der zuständigen Behörde und der Abhilfebescheid	667	221
1. Die Einlegung bei der Ausgangsbehörde	667	221
2. Die Einlegung bei der Widerspruchsbehörde	669	222
V. Die Widerspruchsfrist	672	222
1. Das Fristefordernis der §§ 70, 58	672	222
2. Die Konsequenzen der Versäumung der Widerspruchsfrist	679	227
VI. Das Widerspruchsinteresse	682b	229
VII. Die Begründetheit des Widerspruchs	683	229
1. Die Prüfung der Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit des angefochtenen Verwaltungsakts	683	229
2. Die Entscheidung der Widerspruchsbehörde	686	231
VIII. Die Voraussetzungen für die Zulässigkeit einer reformatio in peius	687	232
1. Keine Regelung der reformatio in peius in der VwGO .	691	233
2. Die Zulässigkeit einer reformatio in peius nach den Verwaltungsverfahrensgesetzen	692	234
a) Die Zuständigkeit der Widerspruchsbehörde . . .	693	234
b) Die materiellrechtliche Befugnis zur reformatio in peius	694	235
IX. Aufhebungsbefugnis der Widerspruchsbehörde bei unzulässigem oder unbegründetem Drittwiderruf .	696	235
§ 19 Die Klagefrist	700	237
I. Der Anwendungsbereich des § 74	703	238
II. Die zeitliche Begrenzung der Klageerhebung durch § 74 .	705	239
III. Die Klagefrist bei der Untätigkeitsklage und bei Unterlassung eines Widerspruchsbescheids (§ 75)	715	241
1. Die Zulassung einer Klage ohne Widerspruchs- bescheid bzw Entscheidung über den beantragten Verwaltungsakt	715	241
2. Die Konsequenzen einer verfrühten Klageerhebung .	717	241
3. Die zeitlichen Begrenzungen der Klage in den Fällen des § 75	720	242
Anhang: Die wichtigsten Klagen und ihre Zulässigkeits- voraussetzungen	724a	243

§ 20 Die Entscheidung über die Begründetheit der Anfechtungsklage	725	246
I. Prüfungsschema: Die Tatbestandsvoraussetzungen des § 113 Abs. 1 S. 1	730	246
II. Die gerichtliche Kontrolldichte	734	248
1. Die gerichtliche Überprüfung von Ermessensentscheidungen	735	248
a) Ermessensüberschreitung	738	249
b) Ermessensnichtgebrauch	742	251
c) Ermessensfehlgebrauch	744	251
2. Unbestimmte Rechtsbegriffe und Beurteilungsspielraum	748	251
a) Die Bedeutung der Problematik	748	251
b) Keine generelle Anerkennung eines Beurteilungsspielraums	751	252
c) Keine prinzipiellen Bedenken gegen die gesetzliche Begründung von Beurteilungsspielräumen	752	253
d) Unbestimmte Rechtsbegriffe mit Beurteilungsspielraum	755	254
aa) Ausdrückliche gesetzliche Normierung eines Beurteilungsspielraums	756	254
bb) Beurteilungsspielraum wegen der organisations- und/oder verfahrensrechtlichen Stellung einer Verwaltungsbehörde	758	254
cc) Beurteilungsspielraum bei politisch bedeutsamen Verwaltungentscheidungen	760	255
dd) Beurteilungsspielraum und Technikrecht	762	255
ee) Beurteilungsspielraum bei Prüfungsentscheidungen und dienstlichen Beurteilungen	763	256
ff) Zweifelsfälle	769	257
gg) Die Faktorenlehre	770	257
e) Die gerichtliche Kontrolle bei Beurteilungsspielräumen	772	258
aa) Beurteilungsausfall	772a	258
bb) Beurteilungsüberschreitung	773	258
cc) Beurteilungsfehlgebrauch	774	259
3. Das so genannte Planungsermessen	777a	259
4. Die Befugnis zur Beschränkung der gerichtlichen Überprüfung gem. § 113 Abs. 3, 2 S. 2	778	260
III. Der maßgebliche Zeitpunkt für die gerichtliche Beurteilung von Verwaltungsakten	782	261
1. Einführung in die Problematik	782	261
2. Die prozessrechtliche und die materiellrechtliche Dimension der Problematik	783	262

a) Konsequenzen bei Maßgeblichkeit des Zeitpunkts des Erlasses des Verwaltungsakts	784	263
b) Konsequenzen bei Maßgeblichkeit des Zeitpunkts der letzten mündlichen Verhandlung vor dem Verwaltungsgericht	786	264
3. Der prozessrechtlich maßgebliche Zeitpunkt	789	265
4. Die materiellrechtliche Problematik	795	268
IV. Das verwaltungsgerichtliche Urteil in der Hauptsache	805	272
1. Die (vollständige oder teilweise) Aufhebung des Verwaltungsakts	805	272
a) Die Teilaufhebung bei rechtswidrigen Nebenbestimmungen	807	273
b) Ausgangs- und Widerspruchsbescheid	808a	275
2. Keine Aufhebung des Verwaltungsakts trotz subjektiver Rechtsverletzung	809	276
a) Ausschluss der gerichtlichen Aufhebung bei Fehlen eines Beseitigungsanspruchs	809	276
b) Grundsätzlich keine antragsunabhängige isolierte Feststellung der Rechtswidrigkeit	810	276
V. Das Nachholen einer Begründung und das Nachschieben von Gründen	810a	276
1. Das Nachholen einer Begründung	810a	276
2. Das Nachschieben von Gründen	811	277
a) Abgrenzung der Problematik	811	277
b) Kritik an der herrschenden Meinung	813	278
VI. Die Umdeutung von Verwaltungsakten	820	280
VII. Die Regelungen des § 113 Abs. 1 S. 2 u. Abs. 4	825	281
VIII. Nebenentscheidungen des Verwaltungsgerichts	828	281
§ 21 Die Begründetheit der Verpflichtungsklage	834	283
I. Die Tatbestandsvoraussetzungen des § 113 Abs. 5	837	283
1. Die Spruchreife	838	284
2. Die Verpflichtung der Behörde zum Erlass eines Verwaltungsakts	841	284
3. Die Verpflichtung zur Bescheidung	842	284
II. Der Umfang der gerichtlichen Überprüfung	845	285
III. Der maßgebliche Zeitpunkt für die gerichtliche Beurteilung der Verpflichtungsklage	849	286
IV. Die verwaltungsgerichtliche Entscheidung in der Hauptsache	851	288
1. Die verwaltungsgerichtliche Entscheidung über den geltend gemachten Leistungsanspruch	851	288

2. Die Feststellung der Rechtswidrigkeit der Ablehnung bzw Unterlassung analog § 113 Abs. 1 S. 4	853	288
V. Die analoge Anwendung des § 113 Abs. 1 S. 2 und des § 113 Abs. 4	855	289
§ 22 Die Begründetheit der Fortsetzungsfeststellungsklage	860	290
I. Begründetheitsprüfung bei der „amputierten Anfechtungsklage“	862	291
II. Begründetheitsprüfung bei der „amputierten Verpflichtungsklage“	864	291
§ 23 Die Begründetheit anderer verwaltungsgerichtlicher Klagen	867	293
I. Die Begründetheit der allgemeinen Leistungsklage	867	293
II. Die Begründetheit von Gestaltungsklagen	869	294
III. Die Begründetheit der allgemeinen verwaltungsgerichtlichen Feststellungsklage	870	294
§ 24 Die verwaltungsgerichtliche Normenkontrolle gem. § 47	871	295
I. Die Rechtsnatur der Normenkontrolle	873	295
II. Die Zulässigkeitsvoraussetzungen der Normenkontrolle	874	296
1. Die Antragstellung	875	296
2. Die Statthaftigkeit der Normenkontrolle	876	296
a) Die Normenkontrolle gem. § 47 Abs. 1 Nr 1	878	297
b) Die Normenkontrolle gem. § 47 Abs. 1 Nr 2	879	298
aa) Der Anwendungsbereich des § 47 Abs. 1 Nr 2	879	298
bb) Verwaltungsvorschriften als Gegenstand einer Normenkontrolle	881	299
c) Ausweitung des Anwendungsbereichs der Normenkontrolle	883	300
d) Beschränkungen der Statthaftigkeit der Normen- kontrolle durch die Vorbehaltsklausel des § 47 Abs. 3	885	301
3. Beteiligungsfähigkeit und Beiladung	886	301
4. Die Antragsbefugnis	889	302
a) Die Antragsbefugnis natürlicher oder juristischer Personen	890	302
b) Die Antragsbefugnis von Behörden	898	305
5. Der Antragsgegner	899	305
6. Rechtsschutzbedürfnis bzw Normenkontrollinteresse	900	306
a) Das Rechtsschutzbedürfnis bei einem Normen- kontrollantrag natürlicher oder juristischer Personen	901	306

b) Das objektive Kontrollinteresse bei einem Normenkontrollantrag einer Behörde	912	308
7. Fehlende Rechtshängigkeit und Rechtskraft	912a	308
8. Antragsfrist	912b	309
III. Die Begründetheit des Normenkontrollantrags	913	310
1. Allgemeines	913	310
2. Die Überprüfung am Maßstab von Bundesrecht und Gemeinschaftsrecht	916	311
3. Einschränkungen des Prüfungsmaßstabs	918	311
a) Die Reichweite der Vorbehaltsklausel	918	311
b) Der Inhalt der Vorbehaltsklausel	919	311
4. Die Entscheidung des OVG	922	312
IV. Prüfungsschema bei einem Normenkontrollantrag	924	314
§ 25 Der vorläufige Rechtsschutz	927	316
I. Allgemeines	935	317
II. Der vorläufige Rechtsschutz gem. §§ 80–80b	936	318
1. Der Eintritt der aufschiebenden Wirkung gem. § 80	938	318
2. Vollziehbarkeits- oder Wirksamkeitshemmung	948	320
3. Suspensiveffekt bei unzulässigen förmlichen Rechtsbehelfen	955	322
4. Die zeitlichen Grenzen des Suspensiveffekts	961	323
5. Das Entfallen der aufschiebenden Wirkung kraft Gesetzes	962	324
a) Anforderung von öffentlichen Abgaben und Kosten	963	324
b) Unaufschiebbare Anordnungen und Maßnahmen von Polizeivollzugsbeamten	966	324
c) Andere Fälle	969	325
6. Die behördliche Anordnung der sofortigen Vollziehung des Verwaltungsakts	971	325
a) Rechtsnatur und Bedeutung	971	325
b) Die Rechtmäßigkeit der Vollziehungsanordnung	974	326
aa) Das Vorliegen eines gem. §§ 40, 42 anfechtbaren Verwaltungsakts	975	326
bb) Die Zuständigkeit für die Anordnung der sofortigen Vollziehung	976	326
cc) Grundsatz des rechtlichen Gehörs	977	327
dd) Die ordnungsmäßige Anordnung der sofortigen Vollziehung	978	327
ee) Das Begründungserfordernis	979	327

ff) Das Fehlen einer der Vollziehungsanordnung entgegenstehenden gerichtlichen Entscheidung gem. § 80 Abs. 5 S. 1	983	328
gg) Öffentliches Interesse und/oder überwiegendes Interesse eines Beteiligten an der sofortigen Vollziehung	984	329
hh) Ermessensausübung bei der Entscheidung über die Vollziehungsanordnung	985	329
7. Die behördliche Aussetzung der Vollziehung	986	330
a) Die formelle Rechtmäßigkeit der behördlichen Aussetzung	987	330
b) Die materielle Rechtmäßigkeit der behördlichen Aussetzung	988	330
8. Die gerichtliche Entscheidung über den Antrag auf Anordnung oder Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung	989	331
a) Die Zulässigkeit des Antrags	990	332
aa) Das Erfordernis der Antragstellung, der deutschen Gerichtsbarkeit und des Verwaltungsrechtswegs	990	332
bb) Die Statthaftigkeit des Antrags	991	332
cc) Sonstige Zulässigkeitsvoraussetzungen	994	333
b) Die Begründetheit des Aussetzungsantrags	999	335
aa) Unterschiede zwischen Anordnung und Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung	999	335
bb) Die gerichtliche Interessenabwägung	1001	336
cc) Sonderproblem: Verfassungswidrigkeit des zugrunde liegenden formellen nachkonstitutionellen Gesetzes	1004	338
dd) Sonderproblem: Verstoß von gemeinschaftsrechtlichem Verordnungsrecht gegen primäres Gemeinschaftsrecht	1004a	338
c) Die gerichtliche Anordnung der Aufhebung der Vollziehung	1005	339
aa) § 80 Abs. 5 S. 3 als Mittel zur vorläufigen Sicherung eines Vollzugsfolgenbeseitigungsanspruchs	1005	339
bb) Besonderheiten bei Verwaltungsakten mit Drittirkung	1012	340
d) Schadensersatzansprüche bei Rechtmäßigkeit des ausgesetzten Verwaltungsakts	1014a	340
9. Rechtsschutz bei faktischer Vollziehung des Verwaltungsakts	1015	341

10. Der vorläufige gerichtliche Rechtsschutz des Begünstigten eines Verwaltungsakts mit Drittirkung	1019	342
a) Allgemeines	1019	342
b) Die Zulässigkeit des Antrags	1020	343
c) Die Begründetheit des Antrags	1022	343
d) Die Sicherung der Anordnung der sofortigen Vollziehung bei faktischer Aussetzung eines Verwaltungsakts mit Drittirkung	1023	343
Anhang: Die gerichtliche Anordnung bzw Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung sowie der vorläufige Rechtsschutz bei faktischer Vollziehung . . .	1023	344
11. Der Erlass gerichtlicher Entscheidungen gem. §§ 80, 80a	1024	346
III. Der vorläufige Rechtsschutz durch die einstweilige Anordnung gem. § 123	1025	346
1. Anwendungsbereich und Formen der einstweiligen Anordnung des § 123	1025	346
2. Die Zulässigkeit des Antrags auf Erlass einer einstweiligen Anordnung	1029	347
3. Die Begründetheit des Antrags auf Erlass einer einstweiligen Anordnung	1032	348
a) Anordnungsanspruch und Anordnungsgrund	1032	348
b) Der Inhalt der einstweiligen Anordnung	1034	350
4. Die Entscheidung über den Antrag auf Erlass der einstweiligen Anordnung	1040	351
Anhang: Die einstweilige Anordnung gem. § 123 . . .	1040	352
5. Schadensersatzansprüche bei ungerechtfertigtem Erlass einer einstweiligen Anordnung	1041	353
IV. Der vorläufige Rechtsschutz über die einstweilige Anordnung des § 47 Abs. 6	1042	353
1. Allgemeines	1042	353
2. Die Zulässigkeit eines Antrags auf Erlass einer einstweiligen Anordnung gem. § 47 Abs. 6	1044	354
3. Die Begründetheit eines Antrags auf Erlass einer einstweiligen Anordnung gem. § 47 Abs. 6	1045	354
4. Der Inhalt der einstweiligen Anordnung gem. § 47 Abs. 6	1046	355
5. Der Erlass der einstweiligen Anordnung	1050	355
§ 26 Exkurs: Rechtsschutz bei normativem Unrecht außerhalb des § 47	1059	357
I. Die Grenzen des durch § 47 gewährten Rechtsschutzes bei normativem Unrecht	1062	358

II.	Die verfassungsrechtliche Garantie eines Rechtsschutzes bei normativem Unrecht	1063	358
III.	Die Verwirklichung des Rechtsschutzes bei normativem Unrecht	1064	359
1.	Rechtsschutz durch die Anfechtung von Normvollzugs-akten	1065	359
2.	Rechtsschutz durch eine verwaltungsgerichtliche Feststellungsklage	1072	361
a)	Feststellungsklagen sui generis	1073	361
b)	Die allgemeine verwaltungsgerichtliche Feststellungsklage	1074	362
3.	Die Schließung verbleibender Rechtsschutzlücken	1077	363
4.	Rechtsschutz gegen ein rechtswidriges Unterlassen von Rechtsnormen	1081	365
5.	Das Verhältnis zwischen verwaltungsgerichtlichem Rechtsschutz gegen Normen und der Rechtssatzverfassungsbeschwerde	1084	367
a)	Prinzipale Normenkontrollen als Rechtsweg iSd § 90 Abs. 2 S. 1 BVerfGG	1084	367
b)	Inzidente Normenkontrollen als Rechtsweg iSd § 90 Abs. 2 S. 1 BVerfGG	1085	367
IV.	Vorbeugender Rechtsschutz gegen Rechtsnormen	1087	368
1.	Vorbeugender Rechtsschutz gegen formelle Gesetze	1087	368
2.	Vorbeugender Rechtsschutz gegenüber untergesetzlichen Rechtsnormen	1089	369
V.	Der vorläufige Rechtsschutz gegen Rechtsnormen	1092	370
§ 27	Beendigung des Verfahrens ohne Sachentscheidung	1098	372
I.	Allgemeines	1101	373
II.	Der gerichtliche Vergleich	1102	373
III.	Die Klagerücknahme gem. § 92	1106	374
IV.	Die beiderseitige Erklärung der Erledigung der Hauptsache	1111	375
V.	Exkurs: Die verwaltungsgerichtliche Entscheidung bei einseitiger Erledigungserklärung	1115	376
1.	Die Problematik einseitiger Erledigungserklärungen	1115	376
2.	Die Unbeachtlichkeit des Erfolgs der ursprünglichen Klage	1117	377
3.	Der Inhalt der Entscheidung	1118a	378
§ 28	Grundbegriffe des Rechtsmittelrechts	1122	380
I.	Der Begriff des Rechtsmittels	1122	380
II.	Allgemeine Grundsätze des Rechtsmittelverfahrens	1125	380
1.	Die Einlegung des Rechtsmittels	1125	380

Inhaltsverzeichnis

2. Die Rechtsmittelberechtigten	1126	381
3. Die Beschwer	1127	381
4. Das Verbot der reformatio in peius	1130	381
5. Das Anschlussrechtsmittel	1132	382
6. Die formell inkorrekte Entscheidung	1134	382
7. Die Begründetheit des Rechtsmittels	1141	384
8. Schema für die Prüfung der Erfolgsaussichten eines Rechtsmittels	1143	384
III. Die Berufung	1145	385
IV. Die Revision	1147	385
V. Die Beschwerde	1150	386
<i>Sachverzeichnis</i>		387